

China wird weltgrößter Solarmarkt

Peking (kd) China baut seine Weltspitzenposition in der Produktion von Strom aus Erneuerbaren weiter aus: Die Volksrepublik will in diesem Jahr 49 000 Megawatt (MW) neuer Kapazitäten installieren. 21 000 MW sollen durch Wasserkraft erzeugt werden, 18 000 MW durch Windräder und 10 000 MW durch Solarenergie, wie die staatliche Energiebehörde NEA im Januar bekanntgab. Ende 2012 lagen die Kapazitäten den Angaben zufolge bei 249 000 MW Wasserkraft, 63 000 MW Windkraft und 7 000 MW Solarkraft.

Mit dem geplanten Zubau würde China Deutschland voraussichtlich als bisher größten Photovoltaikmarkt überholen. Seit der Absenkung der Einspeisevergütung ist die Marktentwicklung hierzulande stark rückläufig: Nach Abgaben des Bundesverbands Solarwirtschaft (BSW) lag die Nachfrage im letzten Quartal 2012 rund 65 Prozent unter der des Vorjahreszeitraums. „Die deutliche Kürzung der Solarförderung ab Sommer 2012 zeigt offensichtlich Wirkung“, erklärte BSW-Sprecherin Eva Bretschneider. Das Bundesumweltministerium erwarte für 2013 einen Zubau von nur noch 3 500 bis 4 500 MW.

Bei der installierten Photovoltaik-Gesamtleistung wird Deutschland wohl vorerst Spitzenreiter bleiben. Was die Wasser- und Windkraft betrifft, liegt China jedoch bereits jetzt sowohl beim Ausbau als auch bei der installierten Leistung vorne.

Nach Angaben der NEA will das bevölkerungsreichste Land der Welt in erster Linie Energiesicherheit für seine wachsende Wirtschaft, Industrialisierung und Urbanisierung erreichen, ohne die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen weiter zu erhöhen.

Das Reich der Mitte, das so viel Strom wie kein anderes Land der Welt produziert und verbraucht, liegt beim Ausstoß von Kohlendioxid ebenfalls vorn und hat mit massiven Umweltproblemen zu kämpfen. Auch deshalb forciert Peking saubere Energie. **Der Fünf-Jahres-Plan für Erneuerbare sieht bis 2015 Kapazitäten von mehr als 100 000 MW durch Windkraft, mehr als 21 000 MW durch Solarkraft, 13 MW durch Biomasse und 290 000 MW durch Wasserkraft vor.** Die Stromerzeugung durch Geothermie, Meeres- und Gezeitenkraft soll ebenfalls ausgebaut werden. Ziel ist es, bis Ende 2015 9,5 Prozent des Energiebedarfs erneuerbar zu decken.

„Es gibt kein anderes Schwellenland, das so sehr auf saubere Energie setzt“, sagt Corinne Abele, China-Expertin der Germany Trade & Invest, der Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing der Bundesrepublik Deutschland. Eine Vorreiterrolle nehme die asiatische Wirtschaftsmacht auch dadurch ein, wie sie



Polizei-Patrouille am Drei-Schluchten-Staudamm: Insgesamt sind in China Wasserkraftwerke mit einer Kapazität von 249 000 Megawatt installiert.

den Anforderungen an das Stromnetz begegne: „Peking baut die modernsten Leitungen, die es gibt.“

Pilotprojekte zur Ultra-Hochspannungs-Gleichstromübertragung (UHV), mit der bei 1 000 000 Volt große Leistungen über tausende Kilometer verlustarm übertragen werden können, sind bereits in Betrieb. **Bis 2015 will der Stromnetzbetreiber State Grid rund 193 Milliarden Euro in ein intelligentes Stromnetzsystem investieren,** dessen Grundgerüst sechs UHV-Leitungen durch das Riesensland sind.

Seiner Marktmacht entsprechend will China nun der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien Irena beitreten, wie der stellvertretende NEA-Vorsitzende Liu Qi während der Irena-Vollversammlung Mitte Januar in Abu Dhabi bekannt gab. 105 Staaten und die EU sind bislang Mitglieder der 2011 gegründeten Agentur. 55 weitere Länder haben sich um eine Mitgliedschaft beworben. Irena-Generaldirektor Adnan Amin bezeichnete Chinas Entscheidung als „Meilenstein im internationalen Bestreben, den Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 zu verdoppeln“.

Auch für den so genannten Klub der Energiewende-Staaten, den Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) ins Leben rufen will, ist die Volksrepublik ein wichtiger Kandidat. Am Rande der Irena-Versammlung in Abu Dhabi haben Altmaier und Liu Qi als ersten Schritt ein Abkommen zur Zusammenarbeit beim Ausbau der Erneuerbaren unterzeichnet. Die Vereinbarung zielt auf eine Kooperation „im Politikbereich, bei Fragen der Systemintegration, Umweltauswirkungen und bei konkreten Demonstrationsprojekten“, wie das Bundesumweltministerium mitteilte.